

Presse-Info

12.08.2008

Wolfgang Gerhardt fordert radikalen Umbau des Sozialsystems

Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, hat eine radikale Vereinfachung des deutschen Sozialsystems gefordert. Er erklärte dazu:

Jeder sechste Bundesbürger gilt inzwischen als arm – und das, obwohl der Sozialstaat jedes Jahr 700 Milliarden Euro verteilt. Wer den Menschen wirklich helfen will, der muss den Mut zu einem tiefgreifenden Umbau der alten Strukturen aufbringen.

Die alte Politik einer staatlichen Umverteilung ist gescheitert, das Schlüsselwort einer neuen, liberalen Sozialpolitik lautet Teilhabe. Durchsetzen lassen wird sie sich nicht ad hoc, sondern nur im Rahmen einer neuen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, eines transparenten und fairen Steuersystems sowie einer zukunftsfähigen Alters- und Gesundheitsvorsorge.

Kinder zu haben, ist für viele Bürger zum Armutsrisiko geworden. Kinder aber sind die größte Innovation. Zwischen Geburt und Besuch der 1. Klasse wird die Basis gelegt, die eine spätere Teilhabe begünstigt: Die Kultur des Lernens, der Wille zur Übernahme eigener Verantwortung und die Kommunikationsfähigkeit.

Die FDP will das steuerfreie Existenzminimum für Erwachsene und Kinder auf einheitlich 8.000 Euro heraufsetzen. Ihr Ziel ist es, dass eine Familie mit zwei Kindern mit einem Einkommen bis zu 40.700 Euro keine Steuern mehr zahlen muss. Das Kindergeld soll von 154 Euro auf 200 Euro pro Kind und Monat angehoben werden. Wie die Schule sollen Kinderkrippen und Kindergärten kostenfrei sein.

Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen heißt, die Steuer- und Tarifsysteme so zu gestalten, dass sie die Erwerbstätigkeit, ja sogar die Gewinnbeteiligung von Beschäftigten begünstigt.

Immer noch sieht sich der Liberalismus mit dem Vorwurf der sozialen Kälte konfrontiert. Nichts ist falscher als das. Im Interesse keines Liberalen kann es liegen, wenn Menschen in Not geraten – soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für eine Teilhabe an Freiheit. Den Eckpunkt einer liberalen Arbeitsmarktpolitik bildet das Konzept des Bürgergelds als Existenzminimum. Es fasst steuerfinanzierte Sozialleistungen zusammen und wird nur noch an einer Stelle ausgezahlt: beim Finanzamt. Natürlich ist weiterhin auch Eigeninitiative gefragt – mehr Motivation, mehr Arbeit und mehr Leistung müssen stets ein höheres Nettoeinkommen bedeuten.

Auch im Gesundheits- und Rentenbereich gilt für Liberale das Prinzip: Soviel individuelle Gestaltungsfreiheit wie möglich bei soviel kollektiver Absicherung wie nötig. Jeder Bürger soll sich bei einem Anbieter seiner Wahl zu einem Tarif versichern, der seinen Bedürfnissen entspricht – die Grundlage dafür, dass jeder einen Versicherungsschutz für das medizinisch Notwendige auch bezahlen kann, wird über das für alle geltende Steuer- und Transfersystem sichergestellt. Jeder muss ferner die Möglichkeit haben, seine Alterssicherung selbst zu organisieren und den Eintritt in den Ruhestand selbst zu bestimmen. Die moderne Sozialpolitik der Teilhabe wird der steigenden Lebenserwartung nur durch einen fortschrittlichen Altersvorsorgemix aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge und einem flexiblen und bedürfnisorientierten Übergang in die Rente gerecht.

Gerhardt will seine sozialpolitischen Forderungen ausdrücklich nicht als Linksruck der FDP verstanden wissen. Die Liberalen seien von je her sozial gewesen, sie hätten Sozialpolitik allerdings nie im Sinne einer lebenslangen staatlichen Alimentierung verstanden, sondern als Befähigung zur Teilhabe.